

Kongresspräsident

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreißtundstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 29. August 1931

Nummer 69

Zum 14. deutschen Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M.

Am 31. August tritt im „Balmengarten“ zu Frankfurt am Main der 14. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands zu einer voraussichtlich einwöchigen Tagung zusammen.

Die allgemeine Bedeutung der Gewerkschaftskongresse ist gegenüber der Vorkriegszeit beträchtlich gestiegen, entsprechend der zunehmenden Bedeutung der Gewerkschaften im wirtschaftlichen und politischen Leben unseres Volkstaates. Im Interesse des sozialen Aufstiegs der Arbeiterklasse gilt es den Kollektivwillen zu fördern und zu festigen. Für die Gewerkschaftskongresse erwächst daraus die Aufgabe, durch nüchterne Erörterung der grundlegenden Fragen und Ziele der Gewerkschaftsbewegung die richtige Erkenntnis bei den Mitgliedern zu schaffen. Erst aus solcher Erkenntnis reißt die wohlüberlegte Tat.

Die beiden letzten Gewerkschaftskongresse in Breslau und in Hamburg bildeten unbestreitbare Erfolge für die Gewerkschaftsbee. Seitdem sind augenfällige Verschiebungen der Machtverhältnisse in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht eingetreten. Die Wirtschaftskrise, die besonders auf der deutschen Arbeitererschaft schwer lastet, hat auch den Aufstieg der Gewerkschaften begünstigt. Ihre Entwicklung ist ja aufs engste verbunden mit der Entfaltung des Wirtschaftslebens. Die dem ADGB angeschlossenen Gewerkschaften hatten im Jahre 1930 einen Mitgliederbestand von 233 008 oder 4,7 Proz. zu verzeichnen. Am Jahresende waren noch 4 717 669 Mitglieder vorhanden. Im Jahresdurchschnitt belief sich die Mitgliederzahl auf 4 821 832. Der Verlust ist hauptsächlich auf den Abgang solcher Mitglieder zurückzuführen, die infolge kurzfristiger Mitgliedschaft noch keine fakturistischen Unterhaltungsansprüche erworben hatten. Immerhin ist der Mitgliederverlust nicht sehr erheblich, wenn man die Ungünstigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse und die Tatsache berücksichtigt, daß die Gewerkschaften den Prellbock bilden zwischen rechts und links. Die „Einheitsfront“ zur Verhängung der freien Gewerkschaften reicht von den Großagrariern und Schwerindustriellen bis zu den Nazis und Kommunisten. Die Mitgliederbewegung der einzelnen Verbände gestaltete sich verschiedentlich, je nachdem die Ungünstigkeit der wirtschaftlichen Lage auf ihnen lastete. Drei Verbände, darunter der Verband der Deutschen Buchdrucker, hatten keine Mitgliederabnahme, sondern eine Zunahme zu verzeichnen. Die Einnahmen der Gewerkschaften gingen um 19,7 Millionen Mark zurück, während ihre Ausgaben um 31,3 Millionen Mark stiegen. Der Durchschnittsbeitrag pro Mitglied betrug 43,93 M., gegen 47,36 M. im Vorjahr. Von den gesamten Ausgaben machten die Unterhaltungen mehr als die Hälfte aus, nämlich 51,2 Proz. Im Jahre 1930 wurde für Unterhaltungen die Riesensumme von 123 522 717 M. von den freien Gewerkschaften verausgabt. Damit wurde die Vorjahrsumme um 36,7 Millionen Mark überfliegen. Der größte Teil der Unterhaltungen entfiel auf soziale Zwecke, speziell auf die Linderung der Arbeitslosigkeit, wofür rund 77 Millionen ausgegeben wurden. Beachtenswert war namentlich die Ausgabenentwicklung in der Invalidenunterstützung, obwohl dieser Unterhaltungsgegenstand noch lange nicht alle Verbände haben. Es wurden dafür 1929 4 278 923 M. benötigt, 1930 dagegen 8 001 197 M., also beinahe die doppelte Summe. Das Solidaritätsbewußtsein der steuernden Mitglieder kam in einer Mehrleistung an Extrabeiträgen von 1 147 406 M. im Jahre 1929 mit rund 2 100 000 M. im Jahre 1930 zu barem Ausdruck. Trotz der schwierigsten aller bisherigen Wirtschaftskrisen ist die Gewerkschaftsfront unerschütterlich geblieben. Dafür liefern das Jahrbuch des ADGB über 1930 und die Jahrbücher fast aller ihm angeschlossenen Gewerkschaften eindeutige Beweise.

Der Frankfurter Gewerkschaftskongress sieht sich vor ungemünst schwierige Aufgaben gestellt, insofern es sich um die Erzählung und die Erhaltung der Arbeitskraft von Millionen von Gewerkschaftsmitgliedern und darüber hinaus der deutschen Arbeiterklasse handelt. Geistige Klarheit im Vorwärtsdrängen auf den gegebenen Kampfboden und auf die Kampfbedingungen, unter denen sich die kommenden Kämpfe voraussichtlich abspielen werden, muß das solidarische Zusammenwirken aller Gewerkschaften erzeugen, das zum Erfolge führt. Der zu führende Kampf gilt aber auch der Erhaltung der Gewerkschaften als festes Bollwerk gegen ihre Feinde in jeglicher Gestalt. Schon

ein kurzer Überblick über die Tagesordnung des Kongresses und die dazu gestellten Anträge läßt die Wichtigkeit seines Aufgabengebietes erkennen. Bei dem als zweiter Punkt zur Behandlung kommenden Bericht des Bundesvorstandes (Berichterstatter Th. Leipart) wird ersahungsgemäß auf alle Umstände eingegangen werden, die die Lebensinteressen der Arbeitererschaft, insbesondere während der Wirtschaftskrise, so nachteilig und schädlich beeinflussen. Es wird dabei aber auch dargelegt werden, was die Gewerkschaften getan haben und weiterhin tun werden, um den Anschlüssen des Unternehmertums auf die Löhne und Rechte der Arbeitererschaft (wie sie neuerdings in dem Memorandum des Reichsverbandes der deutschen Industrie an die Reichsregierung zusammengefaßt sind) entgegenzutreten. Von den zum Bundesvorstandsbericht vorliegenden Anträgen beziehen sich zwei auf die Taktik des Bundesvorstandes und die Politik des ADGB, die von den Antragstellern als verfehlt angesehen wird. Die Stuttgarter Schuhmacher fordern dementsprechend eine radikale Abkehr von der feilherigen Politik, die konform gehe mit der Politik der Sozialdemokratie, der Politik des „kleineren Übels“ und Preisgabe des Klassenkampfes. Die Metallarbeiter in Opladen fordern, daß der Gewerkschaftskongress die Faltung des Bundesauschusses mißbilligt und an Stelle der reformistischen, staatserkhaltenden Politik den „revolutionären Klassenkampf“ einsetzt. Ein Reichsbetriebsrätekongress unter Hinguehung der freigewerkschaftlichen Vertrauensleute der Arbeitlosen, Sozialrentner und Kriegsbeschädigten soll den außerparlamentarischen Kampf organisieren, ein einheitliches proletarisches Kampfprogramm aufstellen. Bezirkskongresse sind einzuberufen, um die weitere Mobilisierung der Arbeiterklasse einzuleiten. In einer umfangreichen Entschließung der Ortsgruppen der Eisenbahner, des Baugewerksbundes und des Gesamtverbandes in Delitzsch bei Bitterfeld wird die Durchführung einer Reihe von Forderungen die sofortige Massenmobilisierung gefordert und die sofortige Anwendung der Waffe des Streiks, sofern auf anderem Wege kein Erfolg erzielt wird. Die Stuttgarter Metallarbeiter mißbilligen die vom ADGB durchgeführte Politik, „die allen sozialistischen Grundfragen widerspricht“. Sie fordern ebenfalls die Organisation des einheitlichen Kampfes der gesamten Arbeiterklasse.

Nicht weniger als 14 Anträge befaßten sich direkt und zwei indirekt mit der Notverordnung der Brüning-Regierung, deren Beseitigung gefordert wird. Um diesen Zweck zu erreichen, wird in einigen Anträgen der Vorstand des ADGB beauftragt, die Mobilisierung durch Massenstreiks und große Demonstrationen, steigend bis zum Generalstreik, in die Wege zu leiten. Ein Antrag der Gewerkschafter Metallarbeiter will Gewerkschaften und Arbeiterparteien beauftragt wissen, zu versuchen, die Forderungen der SPD. und der KPD. zu kombinieren (1), mit deren Durchführung es gelingen würde, den Reichshaushalt zu balancieren und die Wirtschaftsmöglichkeiten derart zu gestalten, daß Arbeits- und Existenzmöglichkeiten für alle geschaffen werden, ohne daß die breiten Massen in ihrer Lebenshaltung und ihren Rechten beschränkt werden. Ein Antrag der Metallarbeiter in Freiburg (Schlef.) beschuldigt die Führer des ADGB und der Gewerkschaften, „die offensten Handlangerdienste für die Notverordnung, diesen Minderungsbeitrag der Brüning-Regierung, geleistet zu haben“. Die meisten dieser Anträge lassen das Signum ihrer Herkunft deutlich erkennen. In einer Zeit, in der vom ADGB und den Gewerkschaften alles nur Denkbare geschieht, um für die notleidende Arbeitererschaft schrittweise Verbesserungen durchzuführen, weil sie nicht stark genug sind, ihre Ziele in vollem Umfang zu erreichen, suchen Rechts- und Linksradikale die wirtschaftlichen Wirnisse durch Aufstellung illusionärer Forderungen für ihre politischen Gesetze zu mißbrauchen.

Die Gewerkschaften sind es von jeher gewohnt gewesen, sachlich zu den Dingen Stellung zu nehmen, davon wird sich auch der Frankfurter Gewerkschaftskongress nicht abbringen lassen durch Aufstellung von Forderungen, für deren Durchführung heute nicht die entfernteste Möglichkeit besteht. Hierzu ist auch die Forderung der Metallarbeiter in Torgelow zu rechnen auf Herabsetzung der Altersgrenze in der Altersversicherung auf 55 Jahre und Erhöhung der Renten auf eine auskömmliche Höhe. Die Berliner Metallarbeiter, die infolge ihrer verhältnismäßig geringen Mitglieder-

zahl selbst eine bedenklich schwache Stelle in der Gewerkschaftsfront bilden, erwarten vom Bundesvorstand, daß er gegen jeden Lohnabbau wirkt, für Lohnerhöhung zum Ausgleich für die durch Zolls- und Steuerlasten erhöhten Lebenshaltungskosten, für Preisabbau unter Kontrolle von Organen der Arbeitererschaft (Gewerkschaften und Genossenschaften), für den gesetzlichen Siebenstundentag, gegen jede Verschlechterung der Sozialpolitik und Sozialversicherung sowie für die Abwälzung der Lasten des Young-Planes auf die Besthenden.

Der dritte Tagesordnungspunkt lautet: Die Auswirkungen in der Wirtschaft und die Bierzig Stunden-woche. Berichterstatter ist Professor Dr. Lederer (Heidelberg). Er wird die im Laufe der Nachkriegszeit eingetretenen Umwälzungen aufzeigen und die daraus zu ziehenden Konsequenzen für die Arbeitererschaft, sowohl für die aus der Beschäftigung Ausgeschlossenen wie für die um so intensiver angepannt Arbeitenden, insbesondere die Notwendigkeit einer wesentlichen der Rationalisierung angepaßten Verkürzung der Arbeitszeit begründen. Der Gewerkschaftskongress aber wird daraus die praktischen Aufgabenstellungen für den Kampf um die 40stündige Arbeitswoche zwecks Unterbringung von Arbeitslosen ziehen müssen. In den zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegenden fünf Anträgen wird die Forderung der 40-Stunden-Woche teilweise verquittet mit der Propagierung der „Einheitsfront“ und der Organisierung und Anwendung außerparlamentarischer Machtmittel. Sicherlich der die wenigsten Aussicht bietende Weg, um in der Frage einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung zu praktischem Ergebnis zu kommen! Der Vorstand des Müllerverbandes fordert neben einer gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit auf zunächst 40 Stunden durchgreifende gesetzliche Maßnahmen zur Beseitigung des Doppelverdieners- und Schwarzarbeiterunwesens.

Der vierte Tagesordnungspunkt: Öffentliche und private Wirtschaft (Berichterstatter Oberbürgermeister Brauer, Altona), ist von ebensolcher Aktualität wie der vorhergehende, sowohl durch die Wirtschaftskrise als auch durch die Vorgänge in der privatkapitalistischen Wirtschaft aus jüngster Zeit. Es liegt dazu nur ein Antrag des Vorstandes des Baugewerksbundes vor, der das Bauwesen zu den wichtigsten Aufgaben der öffentlichen Wirtschaft in Staat und Kommunen erklärt und daraus seine Forderungen ableitet, die darin gipfeln, daß die Gemeinden eine wirtschaftliche Bodenverratswirtschaft betreiben und den Bodenwucher nachdrücklich bekämpfen.

Der fünfte Tagesordnungspunkt: Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts (Berichterstatter Bundessekretär Kröpel), dürfte ebenfalls Darlegungen über das Arbeitsrecht erwarten lassen, ein Kapitel, das nicht nur von der Rechtsprechung vielfach schlecht behandelt, sondern auch in der Gesetzgebung stark vernachlässigt worden ist. Die zu diesem Punkte vorliegenden acht Anträge enthalten durchweg rein sachliche und wichtige Forderungen, die sich vorwiegend auf Verbesserungen des Betriebsratsgesetzes erstrecken.

Schließlich sei noch erwähnt, daß sich unter den sonst noch zum Kongress gestellten Anträgen sechs auf Veränderungen der Bundesausgaben beziehen. 14 Anträge betreffen Sonstiges. Um nur einiges aus diesen Anträgen zu erwähnen, sei gesagt, daß die Metallarbeiter in Billige den Ausschluß aller freigewerkschaftlichen Reichstagsabgeordneten aus ihren Gewerkschaften fordern, die bürgerliche Regierungen tolerieren, „und somit Notverordnungen oder sonstigen der Arbeitererschaft feindlichen Gesetzen ihre Zustimmung geben müssen“. Von den Chemischer Metallarbeiter werden gefordert als Organisationsgrundlage die Betriebe, die Rationalisierung der Beiträge für alle Verbände und eine einheitliche Festsetzung der Leistungen. Der Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes will die Verordnung zum Schutz gegen Weidervergiftung ausgedehnt wissen und fordert weiter, daß der nächste Kongress den Punkt „Frauenarbeit und Gewerkschaften“ in seine Tagesordnung aufnimmt. Der Verbandsrat des Fabrikarbeiterverbandes stellt die Forderung auf, daß die Sozialversicherungs-gesetze als Sühngesetze im Sinne des § 823 BGB. erklärt werden, um dadurch fortgesetztes Strumpfsuchen an der Sozialversicherung hintanzuhalten.

Wie aus diesem zusammengedrängten Überblick hervorgeht, fehlt es dem Frankfurter Gewerkschaftstongreß nicht an weisheitsreichem Beratungstoff. Mit Spannung erwartet die Arbeiterklasse, und zwar weit über den Kreis der freien Gewerkschaften hinaus, das Gesamtresultat. Namentlich die christlichen Gewerkschaften sind es, die sich in der Rolle der Weisen gefallen, die bekanntlich immer zu spät geboren werden. Sie glauben, der Bundesvorstand werde in Frankfurt ganz besonders in das Feuer der Kritik geraten, und sie bezweifeln, daß die gereizte Massenstimmung durch sachliche Argumentation aufgefangen werden könne. Der Bundesvorstand aber, so wird besonders nachdrücklich betont, ist daran selbst schuld. Es räche sich eben jetzt, daß die sozialistischen Verbände ihren Erziehungsaufgaben nicht genügen, daß sie den Glauben an nah erreichbare große Fortschritte noch näherten, als die Führer schon klar gewußt hätten, daß die Tage des christlichen Aufstiegs zu Ende waren. Der Rückschlag habe eine schlecht vorbereitete sozialistische Arbeiterkraft vor-

gefunden. Der Mut zur Vorbereitung der Mitglieder auf unausbleibliche Enttäuschungen sei zu zaghaft gewesen, und darum stünden die Führer jetzt in einem schweren Kampf. So klug und weise reden die Christlichen, die sich selbst auf dem Wege nach Damaskus befinden, weil sie merken, daß im Laufe der Zeit unter den Einwirkungen der Wirtschaftskrise auch innerhalb der christlichen Gewerkschaften tiefgehende Veränderungen in der Denkrichtung und Stellungnahme zu den vitalen Fragen der Arbeiterbewegung Platz gegriffen haben. Noch in keiner Situation sind die freien Gewerkschaften von ihren Führern über entstandene Schwierigkeiten hinweggetäuscht worden. Jede Maßnahme wird vielmehr verantwortungsbewußt auf ihre Wirkung geprüft. Der Mut zur Unpopulartät ist es ja gerade, der den Führern der freien Gewerkschaften den glühenden Haß der Kommunisten und Nazis eintrugener hat. Im Hintergrund des starken Trommelfeuers gegen die sogenannten Bonzen steht lebendig der Haß gegen die Kraft und die bisher unüberwindliche Geschlossenheit der freien

Gewerkschaften. Ihre Sachwalter werden auch in Zukunft immer nur das Mögliche erstreben und lebendig das unterstehen, was ihnen das allgemeine Interesse gebietet. Der bevorstehende Gewerkschaftstongreß wird es bestimmt ablehnen, dem Verlangen nach gewerkschaftlichen Kraftproben zur Durchführung der von falschen Propheten aufgestellten Forderungen zu entsprechen. Wohl kein Gewerkschaftstongreß hat so tief im Schatten einer bitteren Zeit, der schwersten Erschütterung des Wirtschaftslebens, der ungeheuerlichsten Massennot und Massenberberung gestanden wie der Frankfurter. Trozdem aber er weit abtrüben von Heilslehren und Patentlösungen, die das Abel nur vermehren und schließlich zugunsten der Reaktion umschlagen. Auf dem Boden der Wirklichkeit stehenden Gewerkschaftsgenossen dürfte der Kongreß damit gewiß keine Enttäuschung bereiten. Nicht wilde Rebellion hilft uns vorwärts im Kampfe gegen die Nutznießer der Arbeit, sondern nur organisierte Kraft. Darum: Keine Zerpfitterung! **G e b t d e n G e w e r k s c h a f t e n m e h r M a c h t !**

Kurzarbeiterstatistik

des Verbandes der Deutschen Buchdrucker

(Woche vom 2. bis 8. August 1931)

Gau	Mitgliederstand Ende des I. Quart 1931	Von den Mitgliedern arbeiteten verkürzt:				
		insgesamt	1-8 Std.	über 8-16 Std.	über 16-24 Std.	über 24 Std.
Bayern	6790	601	444	189	47	11
Berlin	16005	1364	674	205	382	13
Danzig	493	45	7	25	—	—
Dresden	3506	363	207	98	47	11
Erzgebirge-Bohln.	2422	333	218	87	22	6
Frankfurt-Hessen	3793	723	253	313	156	1
Hamburg-Altona	3454	279	102	125	52	—
Hannover	3000	453	223	159	58	13
Leipzig	7183	1411	370	953	42	37
Mechelen, Einbeek	895	25	9	11	5	—
Mittelsheim	3449	556	351	114	85	6
Nordwest	1875	342	311	19	12	—
Oberrhein	1075	304	223	44	37	—
Ober	3012	659	587	41	13	18
Ostpreußen	1187	125	92	30	—	3
Wittelsand-Wesfl.	11049	1726	1027	375	294	30
Saale	4261	803	545	184	74	—
Saargebiet	—	—	—	—	—	—
Schlesien	3363	521	422	64	32	3
Schleswig-Holstein	1192	96	74	12	9	1
Südrhein	3493	562	340	122	62	32
Wittelsandberg	4505	776	430	113	155	78
Insgesamt	88501 ¹	12157 ²	6024	3373	1584	276

¹ Hierbei sind 570 Mitglieder des Saargebietes und 280 auf der Stelle befindliche Kollegen nicht mitzählen.
² Die Gesamtzahl der Kurzarbeitenden Mitglieder dürfte zur Zeit der Veröffentlichung dieser Statistik mit der Wirklichkeit nicht mehr übereinstimmen, da nach dem Verlaufe der Verhandlungen die Kurzarbeit in den der Berichtswochen folgenden Wochen weiter aufgenommen hat.

Gescheiterte Verhandlungen in der Arbeitszeitfrage

Die am 26. August in Berlin bei Beteiligung eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums geführten Verhandlungen zwischen Organisationsvertretern der beiderseitigen Tarifparteien für das deutsche Buchdruckgewerbe haben nach mehrstündigen Verhandlungen keine Möglichkeit ergeben, eine Verständigung über die von der gesamten Arbeiterklasse des Buchdruckgewerbes geforderte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch eine ideell wie materiell tragbare Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit zu erzielen. Es wurden von Unternehmenseite so viele technische und kleinliche Schwierigkeiten aufgebracht, daß trotz aller abschwächenden Lippenbekenntnisse nicht die geringste Aussicht für eine besonders im Interesse unserer arbeitslosen Kollegen gelegene Vereinbarung oder Verständigung auf tariflicher Grundlage erkennbar war. Das einzige „Entgegenkommen“ der Prinzipalvertreter gipfelte in dem Vorschlag einer gemeinsamen offiziellen Kundgebung, worin zunächst nur zur Vermeidung weiterer Entlassungen eine lediglich den jeweiligen Betriebsverhältnissen (jedoch nicht nur aus Gründen eines Auftragsmangels) angemessene Verkürzung der Arbeitszeit ohne jeden Lohnausgleich empfohlen werden, und darüber hinaus eine etwaige Einstellung weiterer Arbeitskräfte nach wie vor einzig und allein dem Ermessen der betreffenden Betriebsleitungen überlassen bleiben sollte! Daß einer solchen, nur die Arbeiterklasse belastenden Zusage unsere Organisationsvertreter ihre Zustimmung nicht geben konnten und selbstverständlich auch nicht geben haben, dürfte wohl die einmütige Billigung der gesamten deutschen Kollegenschaft finden. Im Bewußtsein ihrer diesbezüglichen Verantwortlichkeit und in einmütiger Beurteilung der zum größten Teil nur auf ihre persönlichen Interessen abgestellten Haltung der Prinzipalvertreter, die nicht die geringste Neigung zu kollektiver Arbeitsverteilung und eines sozialen Ausgleichs im Produktionsprozeß des gesamten Gewerbes erkennen ließ, sondern trotz der ungeheuren Not der Zeit in der

Hauptfrage auf gegenseitiger Konkurrenz aufgebaut ist, über daher unsern Vertretern nichts anderes übrig, als jede weitere Verhandlung in dieser Richtung durch folgende Erklärung als zwecklos zu bezeichnen: Nachdem die Verhandlungen über die Verkürzung der Arbeitszeit (jenseitig begünstigt eines möglichen Lohnausgleichs als auch einer bindenden Verpflichtung zur Einstellung von Arbeitslosen) ergebnislos verlaufen sind, halten die Vertreter der Arbeiterklasse des deutschen Buchdruckgewerbes die Abgabe einer empfehlenden Erklärung zur Kurzarbeit nur zur Vermeidung weiterer Entlassungen nicht für zweckentsprechend. Kurzarbeit infolge Arbeitsmangels kann nach wie vor auf Grund des Tariffs in den Betrieben vereinbart werden. Auf eine darauf nur mündlich abgegebene Erklärung des ersten Vorsitzenden des Deutschen Buchdrucker-Vereins, daß infolge dieser Erklärung der Gewerkschaftsvertreter auch die Bereitschaft der Unternehmer zur Empfehlung von Kurzarbeit zur Vermeidung von Entlassungen und eventuellen weiteren Einstellungen hinsichtlich geworden sei, stellte unser Verbandsvorsitzender fest, daß dadurch an der Erklärung der Arbeitgeberseite nichts geändert werde und der Zweck der Befragung nicht erreicht worden sei, daß ferner der wörtliche Inhalt der von den Prinzipalvertretern abgegebenen Erklärung für die Öffentlichkeit den Vertretern der Arbeiterklasse gar nicht bekannt gegeben wurde. Troz dieser letzteren und deutlichen Feststellung konnten sich die Prinzipalvertreter zur Bekanntgabe des Entwurfs ihrer „Empfehlung“ nicht entschließen, was vermehrt läßt, daß sie dies wahrscheinlich noch nicht einmal in ihrem eigenen Interesse für zweckmäßig hielten. Zu dem Verlaufe der Verhandlungen im einzelnen wird in nächster Nummer noch einiges zu sagen sein. Denn mit dem negativen Ausgang dieser Verhandlungen kann selbstverständlich dieses Hauptproblem unserer Tage, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nicht im geringsten als erledigt betrachtet werden, es werden dafür noch wesentlich stärkere Kräfte auch innerhalb der Betriebe eingesetzt werden müssen!

Das Buchgewerbe im Ausland

Internationales Buchdruckersekretariat
 Sitzung der Erweiterten Sekretariatskommission vom 12. August in Berlin
 In zwei arbeitsreichen Sitzungen von nicht ganz fünf Stunden Dauer gelegentlich der Tagung der drei graphischen Internationalen in Berlin behandelte die Erweiterte Sekretariatskommission unter dem Vorsitz des Kollegen Schumpf (Bern) einige wichtige Fragen, die in der kurzen Zeit seit der Tagung in Basel im Juni aufgetaucht waren. Der Vorsitzende begrüßte die vollständig versammelte Kommission und verwies auf die Wichtigkeit der gegenwärtigen Tagung, die trotz der ungemünzten schwierigen Lage in Deutschland nach Berlin einberufen wurde; er erhoffte von den Beratungen einen praktischen Erfolg. Kollege Kraus (Berlin) begrüßte hierauf die Kommission im Sinne des deutschen Bruderverbandes.
 Die Ausperrung in Norwegen und die Stellungnahme der Konföderation der skandinavischen Bruderverbände. Auf Einladung des Internationalen Sekretariats hatte Kollege Wessell (Stockholm) der Kommission einen schriftlichen Bericht über diese Frage vorgelegt, der einen guten Einblick gab in die tatsächlichen Verhältnisse. Es ging daraus hervor, daß die skandinavischen Unternehmer im Jahre 1930 einen organisierten Angriff auf den „hohen Lebensstandard“ der skandinavischen Arbeiterklasse beschlossen hatten und daß als erstes Land Norwegen dieses Frühjahr ausserhalb wurde. Der gegenwärtige Kampf ist der schwerste, den die norwegische Arbeiterklasse je durchzuhalten hatte. In Dänemark konnte unterdessen eine Einigung gefunden werden auf der Grundlage eines Lohnabbaues von 5 Proz. In Schweden dürfte der Kampf voraussichtlich im Herbst 1931 ausbrechen. Der beste Beweis dafür, daß die Unternehmer den Kampf suchten, war, daß alle Tarife auf das Frühjahr 1931 zum Ablauf eingerichtet wurden und auch zur Kündigung kamen. Die Unternehmer wollten eine Lohnherabsetzung von 15 bis 45 Proz., während die Arbeiterklasse den Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich verlangte. Eine Einigung war bei diesen ungeheuren auseinanderliegenden Forderungen naturgemäß nicht möglich, und am 8. April trat dann die große Ausperrung in Kraft, die mit

der Zahl der Arbeiter, die in Sympathiestreiks traten, 85 000 umfaßte. Seither haben verschiedentlich Schlichtungen der staatlichen Instanzen stattgefunden, die aber jeweils mit sehr großem Mehr verworfen wurden, und zwar von beiden Seiten. Dieser Tage wurde erneut abgestimmt über einen Vorschlag des Schlichters für das Buchdruckgewerbe, der gegenüber den früheren Vorschlägen einige Verbesserungen vorsch. So betrug der Lohnabbau nur noch 5 Proz., der neue Tarif sollte vier Jahre in Kraft bleiben und die Lohnregulierung sollte erst nach dem Ende von 1933 stattfinden. Auch dieser Vorschlag wurde seitens der Buchdrucker mit großem Mehr abgelehnt, so daß die Bewegung auf unbestimmte Zeit ihren Fortgang finden wird. Die Verbände der Buchdrucker Dänemarks, Norwegens und Schwedens haben im Jahre 1931 einen Gegenparteivertag abgeschlossen, der im Falle von Streiks und Ausperrungen die weitestgehende Unterstützung seitens der nicht beteiligten Verbände sichert. In diesem Falle liefern die Verbände Dänemarks und Schwedens ungeheurer Summen an die Ausperrten, wie ja auch die Internationale mit Hunderttausenden von Schweizer Franken beigesprungen ist. Auch jetzt noch wirkt sich die praktische Solidarität in ungeschwächtem Maße aus, so daß die norwegischen Kollegen ihren Widerstand fortsetzen können.
 Der Bericht des Kollegen Wessell sprach den angeschlossenen Verbänden den herzlichsten Dank aus für die geleistete Unterstützung. Einige Anfragen wurden dahingehend beantwortet, daß die Zeitungsbetriebe Norwegens arbeiten, da diese nicht der Unternehmerorganisation angehören und bedeutend bessere Lohnverhältnisse aufweisen. Für den Bericht wurde seitens der Kommission bestens gedankt.
 Die allgemeine Lage innerhalb der Internationalen. Im Auftrag der Berner Kommission gab der internationale Sekretär einen allgemeinen Überblick über die Lage in den einzelnen Verbänden. Der Großteil ist durch die ungeheure Arbeitslosigkeit und durch die innerpolitischen Verhältnisse stark in der gewerkschaftlichen Tätigkeit gehemmt und muß sich auf die Haltung der erzugenen Positionen beschränken. Die durch die Arbeitslosigkeit bisher nicht aufzuhebenden Organisationsverluste sind naturgemäß durch die Lage in den Nachbarländern stark beeinflusst und bereiten sich auf alle Ereignisse vor.

Die Unsicherheit der Zukunft läßt es als angezeigt erscheinen, die Frage der internationalen Unterstützung im Falle von Bewegungen ganz besonders vorsichtig zu behandeln, damit im Bedarfsfalle die internationale Solidarität nicht ohne praktische Auswirkung bleiben muß. In der Diskussion wurden dann sehr interessante Aufschlüsse gegeben über die Entwicklung der Lage in Deutschland, die die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften aller Länder erheischt, und über die Zustände in Brasilien, die die Buchdrucker-Internationalen nicht gleichgültig lassen dürfen.
 Beratungen des Entwurfs „Richtlinien für die internationale obligatorische Unterstützung im Streitfall“. Die Erweiterte Sekretariatskommission hatte anlässlich ihrer Sitzung vom 13./14. Juni 1931 in Basel der Berner Kommission den Auftrag gegeben, ein Reglement auszuarbeiten, das den Grundriss, die Höhe und die Dauer der internationalen Unterstützung umschreiben sollte. Der internationale Sekretär unterbreitete deshalb im Rahmen der Berner Kommission einen Entwurf über Richtlinien, die der Sekretariatskommission und den Verbänden Begleitung sein sollen für die Zukunft. Es zeigte sich, daß kein allzu strenger Rahmen geschaffen werden darf und daß die Sekretariatskommission auch weiterhin im Rahmen der internationalen Statuten von Fall zu Fall wird entscheiden müssen. Die Diskussion ergab schließlich Einkimmigkeit über einige Punkte, die zukünftig die Unterstützungsgewährung einheitlicher gestalten sollen. Die Punkte werden den Verbandsvorständen als vertrauliche Mitteilung übermittelt werden.
 Die Konferenz mit den englischen Kollegen und mit den Exekutiven der zwei andern graphischen Internationalen. Die mit den Buchbindern und Lithographen zu behandelnden Fragen (Ausperrung in Norwegen, internationale Unterstützung, allgemeine Lage und Verhältnis zu den englischen Organisationen) wurden einer Besprechung unterzogen; ebenso die mit den englischen Kollegen zu behandelnden Fragen. Bei letzteren soll daran festgehalten werden, daß die einzelnen Organisationen sich den betreffenden Internationalen anschließen.
 Verschiedenes. Weiter wurde davon Kenntnis genommen, daß die Leitung der Lithographen-Internationalen

gewillt ist, die in einem Lande neuerdings aufgetauchte Meinungsverschiedenheit bezüglich der Tiefdruckfrage zu unterzuchen und für Abhilfe zu sorgen. — Die Lage in Brüssel wurde einer eingehenden Besprechung unterzogen und geeignet erscheinende Schritte in Aussicht genommen.

Österreich. Im Hinblick auf die triste Situation in graphischen Gewerbe machte das Tarifamt der österreichischen Buchdrucker — der Vorstand der in der Tarifgemeinschaft vertretenen Organisationen — an die einzelnen Landesregierungen eine ausführliche Eingabe, in der auf die schwere Konkurrenz hingewiesen wurde, die den Buchdruckereien durch die Diversifikationsbetriebe entsteht, die nicht mit hochqualifizierten Kräften arbeiten, sondern zumeist Familienbetriebe sind, keine Bestimmungen des Preßgesetzes beachten, nicht der Konzessionsabgabepflicht unterliegen und in der Regel in eine Steuerklasse eingeteilt sind, die kaum einen Bruchteil der Besteuerung der graphischen Kleinbetriebe beträgt. Dieser mehr als berechtigten und zeitgemäßen Eingabe lagen eine Reihe von Diversifikationszeugnissen bei, die bewiesen, daß die Heranziehung solcher Betriebe — leider auch von amtlichen Stellen — zum Nachteil der konzeptionsierten graphischen Betriebe heute eine bereits überall bemerkte Erscheinung ist, die den ohnehin schweren Existenzkampf der graphischen Betriebe ins Unerträglichste steigert und den Bestand vieler graphischen Unternehmungen Österreichs in Frage stellt. Schließlich wird in der Eingabe petitioniert, daß öffentliche Ämter und Behörden bei Vergeben ihrer Druckarbeiten in erster Linie die konzeptionsierten graphischen Betriebe berücksichtigen, die Verwendung von Abziehapparaten in den eigenen Ämtern vermeiden und wieder wie früher diese Arbeiten dem Buchdruckgewerbe zuführen, um so wenigstens eine teilweise Milderung der überprozentigen Arbeitslosigkeit in graphischen Gewerbe herbeizuführen.

Tschechoslowakei. Der vierte ordentliche Verbandstag des Verbandes der Buchdrucker findet am 27. September und die folgenden Tage in Prag statt. Im Vordergrund der Tagung stehen natürlich die brennenden Fragen der Zeit, so u. a. die Beratungen über die allgemeine Wirtschaftskrise und ihre Folgen, über den technischen Fortschritt und die Fortbildung der Mitglieder, über die fachliche und gewerkschaftliche Erziehung der Lehrlinge und die Festsetzung der Höhe des Verbandsbeitrags und der Unterhaltungen. Speziell das Problem der Arbeitslosigkeit und alles, was damit zusammenhängt, wird zweifellos den Hauptteil der Tagung bilden.

Belgien. Die Klut hat in den Reihen der belgischen Kollegenchaft aufgetan hat infolge des Streiks der Sektion Brüssel, scheint sich noch weiter vertiefen zu wollen. Trotz aller gutgemeinten Vermittlungsversuche haben die Gegensätze zwischen den Leitern der Sektion Brüssel einerseits und den Führern der Provinzkollegen, dem Zentralkomitee, andererseits, eine weitere Verschärfung erfahren. Wie erinnertlich, hatte die Sektion Brüssel den Präsidenten des Zentralvorstandes, Kollegen Louis Stordeur, und den Generalsekretär, Kollegen Alex. Theunissen, wegen Nichtbefolgens der Streikrollen aus ihren Reihen ausgestoßen. Um den daran geknüpften Kommentaren betreffs Beeinflussung des diesbezüglichen Verammlungsbeschlusses die Spitze abzubringen und von dem Prinzip ausgehend, daß doppelt genügt besser hält, war nachträglich noch eine Urabstimmung unter den Mitgliedern der Sektion Brüssel veranstaltet worden, um die Ausschlußabstimmung der beiden geächteten Mitglieder zu sanktionieren. Das Resultat dieses Votums war folgendes: Zahl der Abstimmen 1783, weiße und unguiltige Jettel 107. Für den Ausschluß des Kollegen Stordeur stimmten 1379 Mitglieder, dagegen 264; für den Ausschluß Theunissen' 1380 Mitglieder, dagegen 263. Unterdessen tobt der Bruderkampf mit unermindelter Heftigkeit in den resp. Verbands- bzw. Sektionsorganen fort, und niemand weiß, wann er enden soll. Auf Antrag der Sektion Antwerpen ist zum 13. und 14. September ein außerordentlicher Kongress nach Antwerpen einberufen worden, der hauptsächlich als Einigungsversammlung gedacht ist und dessen Verhandlungsbasis folgende Punkte bilden: 1. die Einheit der Sektion Brüssel; 2. die Arbeitslosenfrage; 3. die Verständigung zwischen dem Zentralvorstand und der Sektion Brüssel; 4. die Respektierung des Verbandsstatuts und der Verammlungsbeschlüsse; 5. Statutenänderung und Einführung von Strafmaßnahmen, um eine Wiederholung der Brüsseler Vorgänge zu machen. Diesen Kongressanträgen hat die Sektion Antwerpen eine ausführliche Begründung beigegeben und allerhand gute Vorschläge, denen man allseitige Beherzigung wünschen muß, die im wesentlichen darauf hinauslaufen, die Autonomie der Sektionen derart zu beschneiden, daß es ihnen nicht mehr möglich sein würde, Bewegungen auf eigene Faust zu inszenieren, die etwaigen Kongressbeschlüssen diametral gegenüberstehen. Des weiteren mißten die Zentralvorstandsmitglieder, die von der Gesamtkollegenchaft des Landes bezogen werden, davor gesichert sein, bei Ausführung von Kongressbeschlüssen der Natur ihrer Muttersektion zu verfallen, falls die Beschlüsse deren Mißfallen erregen oder sie sich dazu in Gegensatz gestellt hat, wie dies in Brüssel der Fall war. In der letzten Nummer der „Fédération Typographique Belge“ nahm der Vorstand zu den Kongressanträgen der Sektion Antwerpen Stellung und formulierte die dazu notwendigen Textänderungen am Verbandsstatut. Sie sind zweifellos reichlich überlegt und zeugen von redlichem Willen, der Einigung unter den belgischen Buchdruckern die Wege zu ebnen. Nach Ansicht vieler Kreise der Kollegenchaft ist aber auch diese Statutenänderung nicht in stande, die gegenwärtige vertrackte Lage wieder einzurenzen. Was heute nötig ist, ist vielmehr eine Sinnesänderung. Ob diese Sinnesänderung bei den verfeindeten Führern der Sektion Brüssel einerseits und denen des Zentralvorstandes andererseits möglich sein wird, das beweisen heute viele.



Fünzig Jahre Verbandsmitglied



Hermann Casper in Chemnitz
Eingetreten: 29. August 1881 in Neurußpin — Jetzt Invalide



Das Ael hat sich zu tief eingegriffen in den Organismus des Gesamtverbandes. Niemand will vor dem andern kapitulieren. Der Änderung des Regimes muß ein radikaler Personalwechsel sowohl im Zentralvorstand als in der Führung der Sektion Brüssel vorausgehen. Auf diese Weise, wahrscheinlich nur auf diese Weise, wird es möglich sein, über kurz oder lang den ehemals blühenden belgischen Typographenbund in neuer Kraft erstehen zu sehen. Zur Erreichung dieses Zieles darf kein Opfer zu schwer sein.

Frankreich. Etwas früher als gewöhnlich wurde diesmal der Jahresbericht des französischen Bucharbeiterverbandes herausgegeben, um den Delegierten des Nationalrats, der am 27. August, am Vorabend des 50jährigen Verbandsjubiläums, stattfindet, Gelegenheit zu geben, dazu Stellung zu nehmen. Gewöhnlich findet die Tagung des Nationalrats sonst im Oktober statt. Dem beigefügten Klassenbericht ist zu entnehmen, daß das Verbandsvermögen im Berichtsjahr um 488 033 Fr. gewachsen ist, so daß es am 30. Dezember 1930 mit 3 326 683 Fr. zu Buch stand. Die Mitgliederzahl hat um etwa 1000 zugenommen. Die Ausgaben für Lohnbewegungen waren im Jahre 1930 ziemlich gering, dagegen hat die Arbeitslosigkeit nicht unwesentlich zugenommen. Es gab 1716 unterstützungsberechtigte Arbeitslose, die zusammen an Unterstützung die Summe von 204 591 Fr. bezogen. Gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl der Arbeitslosen um 473 zugenommen. Auch die Krankenunterstützung erforderte vermehrte Aufwendungen. Unterstützungsberechtigte Invaliden waren im ganzen 282 vorhanden, die an Unterstützung die Summe von annähernd 400 000 Fr. bezogen. Dieser Zweig verursachte eine Mehrausgabe von 50 000 Fr. Zusammenfassend bemerkt der Bericht: „Wir stellen fest, daß die Lage unseres Verbandes immer besser wird. Unser steigender Mitgliederbestand beweist zur Genüge die Lebensfähigkeit unserer Organisation. Dieser Zustand könnte noch viel besser werden, wenn unsere Mitglieder die Kollegen in den Betrieben, die den richtigen Weg noch nicht kennen, uns zuführten. Wir haben keinen Grund, unsere Freude über das Anwachsen unseres Klassenstandes zu verhehlen. Unserer Ansicht nach ist das Vermögen ein Zeichen der Stärke des Verbandes. Die Zeiten sind vorüber, in denen der Syndikalismus die Erhöhung der Beiträge zu verfahrenen Schien, um sich an Worten zu beglücken. Niemand hat ein Monopol für den Kampfesmut, und die Buchdrucker haben es bewiesen und werden es auch in der Zukunft beweisen, daß sie von niemandem, sei es wer es will, Lektionen in puncto Energie zu empfangen haben. Sichtlich fällt es dem Bucharbeiter im Allgemeinen und dem Familienvater im Besonderen viel leichter, den Kampf für seine berechtigten Forderungen zu führen, wenn er während des Kampfes seine Familie und sich selber vor Not und Elend gesichert weiß. Dies sind die Gründe, die uns veranlassen, das Verbandsvermögen als unsern Kriegsschatz zu bezeichnen.“ — Das französische Verbandsorgan veröffentlichte vor kurzem den Klassenbericht für das erste Quartal 1931. Was darin besonders auffällt, ist die gewaltige Erhöhung der Aufwendungen für die Arbeitslosenfürsorge: 147 645 Fr., gegen 64 374 Fr. im vorhergehenden Quartal. Es wurden 1189 Arbeitslose gezahlt, gegen 591 im vorhergehenden Quartal. Die Krankenunterstützung weist sich aus mit 273 990 Fr., gegen 134 394 Fr. im Vorquartal, hat sich also mehr als verdoppelt. Die Summe der Aufwendungen für den Invalidentätendienst ist ziemlich stationär geblieben. Das Statutum fixiert in dem Bericht mit ganzen 395 Fr. Das Verbandsvermögen hat in dieser Berichtsperiode eine Verminderung um 92 802 Fr. erfahren. Es ist dies eine Folge der hohen Ausgaben für Arbeitslosen- und Streikunterstützung. Letztere belief sich auf 125 237 Fr. und betrifft in der Hauptsache die Bewegungen von Toulouse und Mantes. Als Beitrag zu den Kosten für das 50jährige Verbandsjubiläum hat die Stadt Paris eine Summe von 10 000 Fr. überwiesen.

Die Schlachtfelder um Verdun

„Man kann nur Dornenblut sagen und schweigen.“
E. Johannsen: Westfront 1918.

4 Uhr morgens. Nachtsturm plätscht der Regen ohne Unterlaß aus grauem Himmel. Verdamm! Und gerade heute sollte die längst geplante Besichtigung der alten Lothringerkastelle Verdun verwirklicht werden.

In arg gedrückter Stimmung jammeln sich eine Anzahl Jungkollegen des Luxemburger Buchdruckerverbandes mit den Kollegen der Gesangssektion „Typographia“ an dem vereinbarten Treffpunkt. Schnellig aber auch such jeder Schutz vor dem immer stärker fallenden Regen in den bereitstehenden Autos, die zum wenigsten geschlossenes Verdeck haben.

Kurz vor 5 Uhr setzt sich unsere Autofarawane in Bewegung und sucht ihr erstes Ziel: die französische Grenze. Siehe da! Trotz Kälte und Kälte steigt, erst schüchtern noch, dann freier und froher ein Lied empor und pflanzt sich fort, von Mund zu Mund, von Wagen zu Wagen. Unre unentwegten Sangesbrüder versuchen ihr Bestes, die Stimmung zu heben.

Verdun-le-Tige — Grenzkontrolle. Die französischen Douaniers machen es uns leicht. Wir dürfen in den Wagen sitzen bleiben, nur die Wagenführer haben die vorgeschriebenen Formalitäten zu erfüllen.

Verdun-le-Romain. Schon machen sich die Bewältigungen dieser gewaltigen Tragödie 1914—1918 bemerkbar. An einsamer Straße Regen durch Feuer und Granaten zerstörte Ruinenhöfe, um deren Aufbau sich auch heute noch kein Mensch zu kümmern scheint. Mächtige Lüden in den die

Straße einmündenden Pappeln und verfallene Unterstände deuten darauf hin, daß von hier aus einst deutsche Batterien Tod und Verderben in blühendes Land schleuderten.

Etain. Während des Krieges fast gänzlich zerstört, ist heute wieder neu erstanden. Hin und wieder stehen noch vereinzelte Häuserruinen inmitten der Straßenecken. In diesen Städtchen machen wir kurze Rast, um die freigebliebenen Glieder beweglich zu haben für die in Aussicht genommenen Fußwanderungen. Der Wettergott selbst scheint Einsehen mit uns zu haben. Der Regen hat aufgehört und wirklich, die Morgensohle scheint schüchtern auf die Gegend herab, als ob sie all das Elend hier trotzdem am liebsten im Dunkeln halten wolle. Weiter geht es, dem Ziel unserer Fahrt entgegen: Die Schlachtfelder um Verdun.

Verdun! Beim Klang dieses Namens schweifen unwillkürlich die Gedanken in die Vergangenheit zurück. Bisfönenschaft steigen vor dem Auge Bilder aus den Kriegsjahren empor: Durch Luxemburg ziehende Truppen, Munitionstransporte, Verwundetenzüge. 1915—1916. Im Verdun tobte der Kampf in nie erlebter Härte. Tag auf Tag, Nacht auf Nacht dies nerenzerrüttende Grollen der Geschütze. Latonische Meldungen wußten davon zu berichten, daß die Truppen dieses Dorf, jene Anhöhe nach mehrtägigen Trommelfeuern genommen hätten. Was dieses Wochen und Monate dauernde Stürmen und Wiedererhalten einer Stellung in Wirklichkeit war, tut uns bereits kurz hinter Etain ein deutscher Soldatenfriedhof kund. Ungezählte schwärzliche Kreuze reihen sich in offenem Feld hart aneinander. Inmitten dieser Kuhställe hingemordeter Menschen ein Massengrab mit schmutzigen Kreuz: Hier ruhen 2575 deutsche Soldaten. Wehmut und Grauen umschleicht das Herz. Das Wort ersticht im Munde. Im

Zinnersten tief erschüttert verlassen wir diese stummen Zeugen menschlicher Verblendung.

Noch sind wir nicht im eigentlichen Kampfgebiet. Leicht ansteigend führt der Weg uns weiter. Und vor dem erschrocken Auge öffnet sich plötzlich ein Gelände, durchkreuzt von eingeschütteten Schützengraben, durchwühlt und zerissen von Granattrichtern und Sprengungen, überfakt mit planlos herumliegenden Drahtverhau und Gefäß: die Wöbere-Ebene.

So also sieht das Feld der Ehre aus! Hier haben jahrelang Menschen gelebt und geklitet, auf Kommando einander getötet und vernichtet! Zwischen jungen, verworren wachsendem Gebüsch ragen vereinzelte noch verholzte Baumstämme hervor als traurige Reste einst prächtiger Wälder. „DANGER à mort!“, „Todesgefahr!“ Schilder warnen den Vorübergehenden, diese entsetzlichen Stätten des Grauens zu betreten.

Die Schlucht von Bazil, Damloup, Toter Mann, Höhe 304, Dorf Baux, Namen wie jeder Name, auf immer aber verbunden mit Leiden und Qualen. Wo einst schmude Dörfer standen, kaum meterhohes Steingerüst noch. Man führe die Kinder aller Nationen an diese Stätten. Die Wirklichkeit dieses durchwühlten Geländes spricht eine breitere Sprache als alle Reden und Schriften über Frieden und Abrüstung. Auf dem einstigen Schlachtfeld, dort, wo die Toten, an die nur ein schlichtes Kreuz erinnert, ewig mahnen und nach Frieden heißen, lernt man den Wahn aller Kriegstreiber mit der ganzen Leidenschaft seines Könnens verurteilen und hassen.

Fort de Baum. Jetzt nur noch ein innerer Trümmerhaufen, wurde am 3. Juni 1916 von den deutschen Truppen nach unmenslichen Kämpfen genommen und am 2. Sep-

Internationales Grenzlandtreffen in Lüttich

Das diesjährige internationale Grenzlandgewerkschaftstreffen in Lüttich am 2. August stand im Zeichen der Völkerverständigung und des Völkerriedens. 30 000 Arbeiter und Arbeiterinnen aus Deutschland, Holland, Belgien waren Zeugen dieser gewaltigen Kundgebung. Jungbuhdrucker und Rheinland-Westfalen waren auch dort vertreten. Lüttich glied einem Heerlager, aber nicht wie vor gerade 17 Jahren, als die deutschen Truppen Lüttich besetzten und zum großen Teil plünderten, sondern von Kämpfern der Befreiung des Proletariats. Man machte dort keine Paradezüge vor säbelstochenden Generälen und Offizieren, wie Nazis und Stahlhelmer, sondern demonstrierte für Völkerverständigung und Völkerriedens.

Den deutschen Gewerkschaftskollegen wurden im Umzug durch die Stadt große Ovationen dargebracht. Jede deutsche Gruppe wurde mit Handbellschen und Hofrufen empfangen. Auf die deutsche Gewerkschaftsjugend hat man in Anbetracht der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen wir uns befinden, besonders geachtet. Wir trugen keine Uniform in Feldgrau mit Tornister und Mordwaffen, sondern kurze Hosen und blaue Blusen, und vor uns schritt keine Militärkapelle, sondern das Tambourkorps der Kölner Metallarbeiterjugend, das fleißig Kampflieder aufspielte, die von Tausenden von Zuschauern mitgesungen wurden. Stolz wehten uns rote Banner. Im Stadion in Coınten angehangt, marschierten nur die Arbeiter-sportler und die Jugend ein. Das Stadion war überfüllt. Kaum hatte man uns in Augenschein genommen, da erhoben sich die Zuschauer und brachten uns neue Ovationen dar. Hochrufe auf die Internationale und Ausruf: „Krieg dem Kriege!“ schallten laut empor. Der Beifall wollte kein Ende nehmen. Einem jeden von uns lief ein kalter Schauer, trotz der großen Hitze, über den Rücken. Eine solche Begeisterung haben wir noch nicht erlebt. Nach dem Einmarsch fanden sportliche Vorführungen der belgischen Arbeitersportler statt.

Die kurzen Stunden, die wir in Lüttich mit gleichgesinnten belgischen und holländischen Arbeiterschwestern und -brüdern verlebten, werden uns unvergesslich bleiben!
 R. D. I. n. W i l h e l m R ö m e r.

Das Erleben praktischer Friedensarbeit

Die so beachtenswerten Ausführungen „Die Tote nahmen!“ in Nr. 61 des „Korr.“ vom 1. August mußten jeden Friedensfreund warm machen und begeistern für seine große Sache. Sinnlosigkeit und die furchtbare Wirklichkeit eines Krieges wurde an dem Beispiel von 1914—18 in der richtigen Form skizziert. Die Parole „Nie wieder Krieg!“ sollte immer lauter und stärker in alle Welt hinausgerufen werden. Zum großen Kampf um den Frieden. Und wir, die wir den Krieg in seiner grenzenlosen Grausamkeit, in seiner Leben und Güter vernichtenden Art selbst miterleben mußten, wie könnten wir zögern, uns in die ersten Reihen der Friedenskämpfer zu stellen. Nicht allein im eignen Vaterland reihen wir jenen die Hände. Nein, von weit darüber hinaus strecken sich uns die Bruderhände entgegen mit der Parole „Nie wieder Krieg!“ Helft uns liegen im Kampf um den Frieden!

Wir wollen mutig bleiben; durchhalten, um den Frieden wirklich zu erkämpfen. Geschwinde und Erfolge auf dieser Linie wollen wir vor allem tief auf uns einwirken lassen. Das Erleben praktischer Friedensarbeit. Darin liegt das wirkliche Heil unsres Vaterlandes. Lassen wir uns nie bezirren und wandeln machen. Auch inmitten eines nationalpolitischen Treibens und der Adoniamacher eines Stahlhelms mit Genossen gehen wir fest und entschlossen mit unsrer Parole im Kampfe für die Sache des Friedens. So wachsen wir immer weiter und stärker in unser erhabenes Ziel hinein. Und wir erleben ungeahnte, schönste Erfolge bei unsrer Arbeit um den Frieden.

Im Erinnern werden uns die Augusttage von 1929 wieder so lebendig. Dem Ausruf französischer Friedensfreunde

folgend, sind damals große Scharen deutscher Jugend mit ihren Freunden aufgebrochen. Aus allen Stämmen unsres Vaterlandes stellte sich diese Truppe der Friedenskämpfer zusammen. Und mit den verschiedensten Weltanschauungen waren sie aber eins in dem Ziele, im Kampf und Streben um den Frieden. Auch Gutenbergs Jünger marschierten mit auf! Zum Friedenskreuzzug quer durch Frankreich. Und dieser wurde zu einem außerordentlichen Erfolg, über alles Erwarten. Diese Friedenspropaganda von Mensch zu Mensch, „Brüder, in ein nun die Hände“, das war der innige tiefe Sang, der immer wieder von neuem hinausragte die Volkstiefe der Bruderliebe. Und wie war das Echo? So ergreifend, daß es kaum zu schildern ist. Ein herrliches Bekenntnis gab sich kund. In der französischen Volkseule ist der Friedensgedanke lebendig. Das wurde zu einem starken Glauben und zu einer schönen Hoffnung bei uns, die wir damals ungefähr drei Wochen lang durchs französische Land zogen, für den Frieden zu arbeiten. Was diese unvergeßlichen Augusttage an Erlebnissen und Eindrücken uns vermittelt, lassen wir uns nicht nehmen. Es ist Wirklichkeit gewesen, die eine bessere Zuversicht uns brachte, als jenen, die in Illusionen leben und falsche Vorstellungen haben, weil doch ihr Blickfeld nicht über die Grenzpfähle hinausreicht. Und der Geist des Friedens ist uns weiter offenbar geworden. In den Tausenden und aber Tausenden, den unendlichen Reihen hölzerner Kreuze. Wir hielten Zwiesprache mit unsren Toten. Ihre Sprache padte uns tief. Und sie wurde uns zum Gebührens der Kreuze, unser Streben und Arbeiten der Friedensbee immerdar zu widmen, damit auch einmal Frühling werde im Völkerrleben und so sich erfülle die Mahnung unsrer Toten: „Friede, Friede! Nie wieder Krieg!“
 L i c h t b o r n (Weg. Trier). K a r l K l a s e n.

Korrespondenzen

Dortmund. In der gut besuchten P e r j a m m l u n g am 2. August wurden verschiedene Vorformnisse in hiesigen Brudereien besprochen. Nachdem die Verhandlungen vor dem Zentrallichtungsamt in Berlin abermals vertagt wurden, wird von den hiesigen Unternehmern versucht, die 40tägige Arbeitswoche ohne Lohnausgleich und ohne Neueinstellungen durchzuführen. Daneben erfolgen umfangreiche Entlassungen. Unter dem Druck der Verhältnisse ist den Bestrebungen der Prinzipale ein beachtlicher Erfolg zuteil geworden. Die Zahl der Arbeitslosen im Bezirk hat in den letzten Wochen eine beträchtliche Steigerung erfahren. Infolge Rückgangs der Einnahmen durch Beiträge und Beanspruchung erhöhter Ausgaben zeigte der Bestand der Ortskasse in diesem Quartal leuchtend sinkende Tendenz. Für das im Vorjahr errichtete „Volkshaus“ stiftete der Ortsverein ein Fenster in Kunstverglasung mit dem Buchdruckerwappen. Der Entwurf dazu wurde vom Kollegen Paul Hartmann hergestell. Aber das Thema „Die Allgemeine Ortskrankenkasse zu Dortmund im Jahre 1930/31“ referierte Johann Kollege F e i n r i c h S c h n e i d e r m a n n. Wie alle derartigen Kassen sei diesbezügliche Ziel der Unternehmerangriffe. Der Geschäftsbericht über das Jahr 1930 sei geeignet, in aller Öffentlichkeit Aufschluß zu geben. Die Notverordnung über die Krankenerversicherung habe der Kasse nicht die erhoffte Entlastung gebracht. Die Krankheitsfälle haben sich vermehrt, dagegen seien die Kosten für die ärztlichen Honorare noch gestiegen. Die Einnahmen der Ärzte allein aus der Ortskrankenkasse betragen pro Jahr und Arzt z. B. 18 000, 22 000, 27 000, 40 000, 16 000, 32 000 bis 64 911 M. Hier ergab sich die unbedingte Notwendigkeit zur Reduzierung. Die Zahl der erwerbslosen und zwangsläufig pflichtversicherten Mitglieder hat sich verdreifacht und stellt eine starke Belastung der Kasse dar. Die Verwaltungskosten haben sich im Berichtsjahr weiter verringert und liegen unter dem Reichsdurchschnitt. Eine Notwendigkeit war die Erstellung des neuen Verwaltungsgebäudes, weil die alten Gebäulichkeiten an der Vorstraße vollkommen ungenügend waren. Das Grundstück wurde von der Stadterwaltung auf zunächst 75 Jahre in Erbpacht überlassen. Entgegen allen unheimlich wirrenden Gerüchten könne festgestellt werden, daß die veranschlagte Bausumme von 2,8 Millionen Mark nicht ganz erreicht werde. Die Kosten der Verzinsung des Gebäudes hofft man

aus den Ersparnissen aufzubringen, die bereits nachweisbar sind durch die Übernahme der Sachleistungen (Höhensonne, Diathermie, Heißbäder und dergleichen) in eigener Regie. Das Gut Frönsperg, das die Pflege der Patienten des Genesungsheims Frönsperg befohr, zeigte 1930 eine erfreuliche Entwicklung. Durch die katastrophale Gestaltung der Entwicklung des Arbeitsmarktes im Jahre 1931 sei naturgemäß auch die Verwaltung der Ortskrankenkasse vor neue Probleme gestellt. Für die Verhördener-treter ergebe sich die Notwendigkeit zur Verteilung der in mühevoller, jahrelanger Aufbaubarbeit erkämpften sozialpolitischen Errungenschaften. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen und dem Vortragenden Dank ausgesprochen. Unser Johannisfest fand in diesem Jahr am 27. Juni im Goldsaal der „Westfaliahalle“ statt.

Eisleben. Am 2. August fand hier die diesjährige P e r j a m m l u n g des Bezirks Halle statt. Einer Besichtigung des vorbildlich eingerichteten „Eisleber Volkshofs“ folgte unser Vorantritt der Bergkapelle ein gemeinsamer Zug nach dem „Volkshaus“. Nach der Mittagssuppe eröffnete Bezirksvorsitzender H e b e n s t a h l (Halle) mit begründeten Worten die Versammlung. Kollege E d n e r (Eisleben) hieß die zahlreich Anwesenden im Namen des Ortsvereins herzlich willkommen und wünschte der Tagung in den Mauern der Geburtsstadt Friedrich Koenigs, des Erfinders der Schnellpresse, guten Verlauf. Nach Bekanntgabe einiger Mitteilungen referierte Kollege H e b e n s t a h l über das Thema „Was die Zeit erfordert“. Er sprach von den Ursachen der Arbeitslosigkeit, wobei die Teufelisierung der Wirtschaft und die damit verbundene Rationalisierung eine bedeutende Rolle spielt. Er streifte die Notverordnungen und verurteilte in scharfer Weise das Vorgehen gegen Pressevergehen. Durch die Zeitungsverbote werden nicht die Schuldigen betroffen, sondern den Kollegen wird dadurch für die Dauer des Verbots Arbeit und Brot genommen. Eine angenommene Entschliessung, die den Willen der Versammlung durch einstimmige Annahme zum Ausdruck brachte, hatte folgenden Inhalt: „Der durch staatlichen Zwang und Unternehmensruhr rücksichtslos durchgeführte Lohnabbau hat nachweisbar die wirtschaftlichen Zustände in Deutschland nicht zu bessern vermocht; trotzdem ist das Unternehmertum weiterhin bestrebt, direkten und indirekten Lohnabbau durchzuführen. Die am 2. August in Eisleben verammelten Buchdrucker des Bezirks Halle im Verband der Deutschen Buchdrucker erwarten deshalb von ihren Spitzenorganisationen, daß sie diesem rücksichtslos Vorgehen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegen-treten, wie sie von der übrigen Kollegenschaft im Reich erwarten, daß sie alle von der Organisationsleitung herausgegebenen Anweisungen in geschlossener und aktiver Weise untersteht. Was die umfangreichen Zeitungsverbote und die damit verbundenen Schädigungen der davon betroffenen Kollegen anbetrifft, so schließen sich die Verammelten vollinhaltlich der Erklärung des Verbandsvorstandes an und erwarten von ihm, daß er nichts unversucht läßt, diese Art der Bestrafungen von Gehörwidrigkeiten der Presse, deren Kosten lediglich die Verlegungen der Zeitungsbetriebe tragen, aus der Welt zu schaffen, oder aber die davon betroffenen Verlegungen in irgendeiner Form schadlos hält.“ Hierauf stigierte der Bezirksvorsitzende die politischen Verhältnisse und zeigte u. a. den Veruch der K.P.D., durch Teilnahme am Stahlhelm-Volkstentwurf die Demokratie zu stützen und damit die erworbenen Rechte der Arbeiterschaft zu vernichten. Er sprach die Erwartung aus, daß jeder einzelne die Zeichen der Zeit versteht und forderte auf, Einigkeit und Geschlossenheit in der ersten Zeit zu wahren. Starke Beifall folgte den vortrefflichen Ausführungen. An der Aussprache beteiligten sich neben den Kollegen H e l s e und F e u e r h a h n auch Gauversteher K ö n i g, der die Ausführungen des Referenten besonders unterstrich. Er erwartete von der Kollegenschaft, daß diese im Fall eventuellen weiteren Entschliessungen der Beiträge diese Opfer freiwillig bringt. Unter „Taktischem“ vorbereitete sich Kollege H e b e n s t a h l über die Arbeitszeitverkürzung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Kommission, die in Kürze diesbezüglich zusammentritt, eine Regelung schafft, die alle Kollegen befriedigt. Im übrigen schloß sich die Versammlung den bisher von anderer Seite zum Ausdruck gebrachten Entschliessungen an. Der Punkt „Berichte aus den Ortsvereinen“, bei denen Merfeld, Eisleben, Delitzsch, Eilenburg, Schandrig und Querfurt berichteten, zeigte, wie überall, die wirtschaftliche Notlage. Als nächster Tagungsort wurde Halle einstimmig beschloßen. Unter „Verchiedenem“ wurden einige Anfragen durch Kollegen

tember desselben Jahres durch die Franzosen unter ungeheuren Verlusten wiedergeliefert. Eine französische Militärperson führt uns durch die noch gangbaren Kasematten im Innern der Festung. Mit einstudierten Worten leiert er ein Stück Weltgeschichte herunter. Postkarten, Kriegserinnerungen halten jahrende Händler zum Verkauf bereit. Geschäft auf dem Boden, den man mit Recht „Terre sacrée“, geweihte Erde, nennt.

Weiter kommen wir durch verwüstetes Land: Chapelle Sainte Yve, Fleury, Bois de Caillette, Dorf Douaumont nach Fort Douaumont.

Am 25. Februar 1916 von den Deutschen genommen, wurde Fort Douaumont am 21. Oktober desselben Jahres von den Franzosen wiedergeliefert. Kalt und nüchtern klingen diese Worte aus dem Munde unsres Führers durch die Festungsreste.

Wieviele in den besten Jahren stehende Menschen mußten hier ihr Leben lassen? Es soll dies nicht eine Kriegskronik sein, nein, ein jeder Mensch mußte Gelegenheit haben, die Verwüstungen mit eignen Augen zu sehen, aber, so weit dein Blick reicht, der Boden durchtränkt mit Blut und Tränen, ein einziges Massengrab. Im Kampf um das Dorf Douaumont wurden auf beiden Seiten innerhalb drei Tagen annähernd 300 000 Menschen gemordet. Das sind drei, die kein Schönfärber- und Kriegsverklärer falsch machen kann. Während der Besetzung des Forts durch die Deutschen explodierte im Innern desselben ein Lager mit Flammenwerfern und Gasgranaten. Welt über die Hälfte der Belagerung ging unter entsetzlichen Qualen in Feuer und Gas zugrunde. Helldenk!

Der durch die Explosion zerstörte Teil ist wegen der damit verbundenen Gefahr bis heute noch nicht aufge-

räumt und dient den unter dem Geröll ruhenden unbekannten Soldaten zum Grab. Erschütterer setzen wir davor. Remarque und Johannsen, Barbusse und Vivier, ihr alle, die ihr euer Können eingesetzt habt, um der Welt die Augen zu öffnen, hier haben wir euch verstanden!

Unweit von Fort Douaumont ein Denkmal von überwältigendem Eindruck. Errichtet zum Andenken der bei Verdun gefallenen 400 000 Franzosen. Es ist dazu bestimmt, die auf dem Schlachtfeld gesammelten namenlosen Gebeine von mehr als 300 000 unter ihnen zu empfangen und ihnen als letzte Ruhestätte zu dienen. Davor ein französischer Soldatenfriedhof: 17 500 Eingelgräber.

Das war der Krieg! Ungewollt suchte sich das Auge, stumm und niedergedrückt schreiten wir vorbei, das Herz zum Brechen voll. „Nie wieder dies“ möchtest du in die Welt hinausfahren, doch die Kette ist wie zugeschnitten, das Wort will nicht über die Lippen. Zu mächtig schlagen die Eindrücke auf dich nieder.

„La Tranchée des Bâtonnettes“, der Bâtonnetengraben. In einem Schützengraben vor dem Fort wurde am Spätnachmittag des 11. Juni 1916 eine Kompanie französischer Infanteristen durch deutsches Trommelfeuer in dem Augenblick versittet und lebendig begraben, als sie zum Sturm übergehen sollten. Nur die Spitzen der Bâtonnetten lugen aus dem Boden hervor. Dieser Graben wurde im ursprünglichen Zustand gelassen, wie er nach Friedensschluß aufgefunden wurde. Unbekannte Tote, die noch im Grab liegend, graufame Anklage gegen den Krieg erheben!

Vorbei an Friedhöfen, zerflossenen Stellen, Häuser-zruinen kommen wir in Verdun an. Nach dem gemeinschaftlichen Mittagessen finden sich Gruppen zwanglos zusammen. Besichtigung der Stadt. Auf Schritt und Tritt

stößt man auf Erinnerungen an die Schreckenstage. Verdun wurde während der jahrelangen Belagerung furchtbar heimgesucht, doch jetzt sind die Schäden an fast allen öffentlichen Gebäuden größtenteils behoben. Kriegsdenkmal, Kriegsdenkmal, kurz alles, was eine Stadt, um die Hekatomben Blut geflossen sind, zu bieten hat.

Verdun selbst ist durch seine Schlachtfelder eine neue Einnahmequelle entstanden. Nach glaubwürdigen Aussagen passieren während der Sommerzeit 2500 bis 3000 Fremde täglich dort.

Spät am Nachmittage treten wir die Heimreise an. Und wieder müssen wir das Schlachtfeld durchqueren. Bois des Caures, Beaumont, Bacheraville, Longuy zur luxemburgischen Grenze. Und wieder nur Erinnerungen an Elend und Tod. Wir haben nur einen Abschnitt der Kampffront gesehen, und es gibt in Frankreich 1978 solcher Massengrabbäuer, darunter 163, auf denen nur Deutsche liegen. Der größte von diesen befindet sich in der Nähe von Arras. Er enthält 38 865 Gräber deutscher Soldaten.

Wer je im früheren Schlachtfeld die eiserne Stille eines solchen Friedhofs auf sich einwirken lassen, kann sich dieses Eindrucks nie mehr erwehren. Freiheit erst atmen wir auf, als wir die Grenze unsres Landes wieder erreicht haben.

Auch aus uns hat dieses Schen Kämpfer geschaffen, Kämpfer für den Völkerriedens, und mit der Arbeiters-jugend der ganzen Welt rufen wir allen jenen, die noch an Krieg glauben und sich darauf vorbereiten, aus dem Innersten ihrer Seele zu: Nie wieder dies! Nie wieder Krieg!

L u x e m b u r g, August 1931. Ch. F r o o f.

könig beantwortet. — Eine Sommerveranstaltung des Ortsvereins Giesleben hielt die Anwesenden in kollegialer Weise bis zur Abfahrtsstunde beisammen.

Gießen. (Handseher.) Unre Quartalsversammlung am 31. Juli hatte sich guten Erfolgs zu erfreuen. Unter „Mittelungen“ machte Vorsitzender Schneider die Ergebenheiten mit aktuellen Dingen bekannt, unter besonderer Mahnung an die Kollegenhaft, in Berücksichtigung der schweren Zeit fest und einig zusammenzufassen. Nach Entgegennahme des Kassensberichts erging sich der Vorsitzende in längerer Ausführungen über die Frage der Festsetzungsverbote, die in letzter Zeit besonders in Erscheinung traten. Die zu diesem Kapitel angenehme Entschließung der Handsehervereinigungen Magdeburg und Burg machte sich die Versammlung zu eigen. Sodann referierte Kollege Schneider über das Thema: „Zwei Jahre Handseherpatente“. Er gab ein Bild über das Werden unrer Bewegung bis in die Neuzeit und stellte der Zentral-Kommission für die geleistete mühsame Arbeit volle Anerkennung, daß noch sehr viel Kleinarbeit zu schaffen ist, wies der Vortragende an Hand der im Jahresbericht abgedruckten Statistiken nach. Aufgabe eines jeden Handsehers muß es sein, auch den letzten Säumigen für die Sparte zu gewinnen. Der im „Korr.“ geführte Spartenkrieg gab der Versammlung eine weitere Diskussionsmöglichkeit. Die Annahme nachsehender Entschließung befand die Stellungnahme der Versammlung: „Die Mitglieder der Handsehervereinigungen Gießen bedauern angeichts der allgemeinen Wirrnisse die jetzt Wochen im „Korr.“ gegen die Sparten gerichteten Artikel. Da der Inhalt vieler Niederschriften nicht nur allein die Einheit im Verband bedroht, auch jeder organisatorischen Notwendigkeit entbehrt und einer erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen Sparten und Bildungsverband nicht zweckdienlich sein kann, begrüßen sie den Entschluß der „Korr.“-Redaktion, die Debatte in dieser leidigen Angelegenheit zu schließen. Als Verfechter des Spartengebankens erklären sie, daß die weiterschreitende Bervollkommnung der Technik im Buchdruckgewerbe zum Ausbau und nicht etwa zur Auflösung der Sparten zwingt. Im übrigen vertreten die Kollegen die Ansicht, daß die Erörterung des Spartenproblems Aufgabe der im nächsten Jahr stattfindenden Spartenkonferenz und des Verbandstages sein muß. Die Ausführungen des Kollegen Otto Ruppert, Muppertal-Barmen (Korr. Nr. 50), in bezug auf prinzipielle Meinung der Orts- und Bezirksversammlungen durch fanatische Spartenmitglieder und Spartenfunktionäre sind zum mindesten als eine Entgleisung zu bezeichnen und geben der Versammlung Veranlassung zu dem Beschlusse: Alles für den Verband durch die Sparte.“

Karlsruhe. (Maschinenseher.) Unre Bezirksversammlung am 2. August hätte einen besseren Besuch verdient. Dem verließ auch bei Eröffnung der Versammlung Vorsitzender Bester Ausbruch. Unter „Berichtsmittelungen“ stattete er auch dem von der Redaktion der „Technischen Mittelungen“ zurückgetretenen Kollegen Krüger Dank ab für seine Verdienste am Ausbau unrer Spartenorgans. Die Verschiebung der Verhandlungen über die Arbeitszeiterverkürzung im Bereichsbüchsenindustrie wurde bedauert. Man war allgemein der Ansicht, daß man sich auf Unternehmensebene nicht mit dem notwendigen Ernst an diese Frage heranwagt. Nach Bekanntgabe verschiedener Eingänge berichtete Kollege Hermann Müller (Freiburg i. Br.) in eineinhalbstündigen Ausführungen über die in Berlin abgehaltene Vorstandskonferenz. Der Eindruck und das Urteil der Kollegen über diese Vorstandskonferenz war dahingehend, daß eine Notwendigkeit zur Abhaltung dieser Vorstandskonferenz nicht vorliegen hat und daß die Ausbeute in organisatorischer Hinsicht eine armelige war und daher die entstandenen Kosten keineswegs gerechtfertigt erscheinen. Für seine freimittige Berichterstattung erntete der Referent lebhaften Beifall. Der Kassensbericht vom ersten Halbjahr 1931, vom Kassierer Pilsche erstattet, zeigte einen günstigen Kassenzustand, so daß zu dem Familienausflug nach Hellbrunn ein namhafter Zuschuß gewährt werden konnte. Alle Tagesordnungspunkte lösten eine lebhafte und sachliche Diskussion aus, so daß der Vorsitzende erst nach vierstündiger Dauer die Versammlung schließen konnte.

Magdeburg. (Maschinenseher.) Am 2. August fand unre Versammlung statt, die in Anbetracht der Tagesordnung hätte besser besucht sein müssen. Kollege Lichtenberg begrüßte die Bezirksleiter von Halle und Dessau, die Kollegen Marzch und Scheider sowie den Vorsitzenden des Ortsvereins Magdeburg, Kollegen Widel. Hierauf gab er geschäftliche Mitteilungen bekannt und erteilte dann dem Vorsitzenden der Maschinensehervereingung An der Saale, Kollegen Winter, das Wort, der über die Konferenz der Maschinenseher berichtete. In etwa einfündigen Ausführungen verbreitete er sich über alle auf dem Kongreß behandelten Fragen und fand hierfür verdienten Beifall. Die Ausführungen wurden noch vom Kollegen Lichtenberg ergänzt. Unter „Technischem“ gab der Vorsitzende bekannt, daß im Oktober wieder ein neuer Kursus an der Kunst- und Gewerbeschule beginnt und erbat frühzeitig die Meldungen hierzu. Unter „Verschiedenem“ teilte er mit, daß die Herbstbezirksversammlung am 6. September in Thale stattfindet.

Münster. (Handseher.) Vom besten Wetter begünstigt, hielt unre Vereinigung am 2. August ihre fünfte Wanderversammlung in Weisenburg i. B. ab. Die Gesamttagelagerung mit ihren Angehörigen war zu dieser Veranstaltung eingeladen. Unter großer Teilnahme derselben, des Kollegenvereins „Typographia“ und der Kollegen von Domauwürth, Ingoßbald, Wödingen sowie der Jungbuchdrucker des Bezirkes Domauwürth wurde unre Wanderveranstaltung zu einem schön verlaufenen Buchdruckerfest. Mit einem Sonderzug ging es in den Morgenstunden nach Weisenburg. Nach einer offiziellen Begrüßung aller Sonderzugsteiger durch Herrn Bürgermeister Dr. Fik ging es zum Tagungsort, „Städtisches Wirtshaus“. Der Kollegenverein „Typographia“ fandete mit einem Chor den Versammlungsbeginn an. Vorsitzender Sauer rief allen Versammlungsteilnehmern ein herzliches Willkommen entgegen. Besonderen Dank sprach Kollege Sauer der Ortsgruppe Münster des Bildungsverbandes, insbesondere Kollegen Bergmann, für das Zustandekommen der schönen Ausstellung von Fachschularbeiten für die Jungbuchdrucker aus. Nachdem der Vorsitzende noch Dankesworte an die Weisenburger Kollegen, ganz besonders an die Kollegen Vogt und Stemmer, die

vieles zum Gelingen dieser Tagung beigetragen haben, gerichtet hatte, wünschte er unrer Wanderveranstaltung einen Verlauf. Hierauf referierte Kollege Brandmüller über das Thema „Warum Verbandsmitglied?“ Der Referent ist in unrer Reihen als guter Gewerkschaftsführer bekannt und er bewies dies durch seine Kenntnis des Verbandswesens. Seine Ausführungen gipfelten in einer Mahnung zur Einigkeit. Vorsitzender Sauer sprach ihm Dank aus für die vorzüglichen Ausführungen. Nach einem Hinweis auf die Ausstellung hatte die Versammlung ihren Abschluß erreicht. Die „Typographia“ sang noch das Lied der Arbeiter „Blüher zur Sonne, zur Freiheit“. — Nachdem in verschiedenen Lokalen das Essen eingenommen war, fand nachmittags eine Besichtigung der Stadt statt. Viele suchten das Bergwaldtheater auf, während andre die schöne Umgebung der Stadt bewunderten. Abends fand man sich bis zum Abgang des Zuges zur gemühtlichen Unterhaltung zusammen, umrahmt von dem Konzert einer Musikkapelle und den Vorträgen des Gesangsvereins „Typographia“. Um 9½ Uhr ging es mit Musik zum Bahnhof mit der Genugtuung, wieder einmal einen sorgenfreien Tag verlebt zu haben.

Allgemeine Rundschau

Zur Wirtschaftslage im graphischen Gewerbe. Nach dem vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Ergebnis der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgenommenen Statistik über den Arbeitslosenstand am Ende Juli 1931 (herausgegeben am 18. August 1931) ergab sich für das graphische Gewerbe folgendes Bild:

Verbände und Berufsgruppen	Arbeitslose am Ende des Monats		Kurzarbeiter am Ende des Monats	
	Juli 1930	Juli 1931	Juli 1930	Juli 1931
Buchdrucker	15,6	26,5	1,8	6,8
Lithographen u. Steindrucker	17,2	29,9	7,8	13,1
Graphische Hilfsarbeiter	15,4	26,0	5,3	10,5
Buchbinder	19,8	29,9	24,3	30,4

Die Durchschnittsziffern sämtlicher freien Gewerkschaften an Arbeitslosen und Kurzarbeitern beliefen sich Ende Juli 1931 auf 31,6 Proz. bzw. 18,9 (gegen 20,8 bzw. 13,5 Proz. Ende Juli 1930).

Verbandsrat der Lithographen und Steindrucker. Der vom 16. bis 19. August in Erfurt abgehaltene Verbandstag der Lithographen und Steindrucker hat einen guten Verlauf genommen. Der erste Verhandlungstag fand unter dem Zeichen der Geschäftsberichte des Verbandsvorstandes, des Verbandsauschusses und der Schriftleitung. Verbandsvorsitzender Haß nahm dabei Gelegenheit, in eingehender Weise die gegenwärtige Lage zu behandeln. Er wies auf den Widerstreit der heutigen Wirtschaftslage hin und betonte demgegenüber die Stellungnahme des Verbandes zu dem wirtschaftlichen und politischen Geschehen. Die Arbeiterschaft hat mehr denn je die Verpflichtung, auf dem Posten zu sein, denn die „nationale Selbsthilfe“, die von dem deutschen Unternehmertum propagiert wird, bedeutet einen Angriff auf die Sozialgesetzgebung und das Tarifrecht. In der Aussprache wurde allgemein die Tätigkeit des Verbandsvorstandes anerkannt, was auch dadurch zum Ausdruck kam, daß ein Vertrauensvotum für den Verbandsvorstand die einstimmige Zustimmung durch den Verbandstag fand. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind naturgemäß an der Organisation nicht spurlos vorübergegangen. Dem Verbandstag fiel daher die Aufgabe ob, Satzungsänderungen vorzunehmen. Die Geschäftsberichte, die bei der Abstimmung auch in dieser Frage zutage trat, ist der beste Beweis für die Disziplin und das Solidaritätsempfinden der Mitglieder. Bei der Erörterung der Tarifprobleme wurde mit aller Deutlichkeit herausgestellt, daß die Lohnpolitik der deutschen Unternehmer die Krise nicht erleichtert hat. Der Verbandstag war sich einig in der Auffassung, daß mit dem Lohnabbau zum Zweck der Krisenbekämpfung nun wirklich Schluß gemacht werden muß. Zweiter Verbandsvorsitzender Herdt hatte die Aufgabe übernommen, die technischen Umwälzungen im Gewerbe zu behandeln. Die technische Entwicklung ist nicht zuletzt an der hohen Arbeitslosigkeit im Steindruckgewerbe schuld. In der Chemigraphie wie auch im Flachdruck sind wichtige Neuerungen eingetreten, und neuerdings sind Anzeichen einer Entwicklung sichtbar geworden, die sich arbeitsmarktpolitisch ungünstig auswirken dürften. Wie Herdt in seinem Referat über die Rationalisierung hervorhob, haben die technischen Fortschritte in einigen Bezirken des Lithographie- und Steindruckgewerbes bereits zu strukturellen Änderungen geführt. Die Lage ist kritisch; denn es sind im Gewerbe augenblicklich mehr Arbeitslose vorhanden als freie Arbeitsplätze. Der Verband mußte 1930 das Vierfache des Betrags vom Jahre 1927 an Arbeitslosenunterstützung auszahlen. Der Verbandstag war einig in der Forderung, daß alle Kräfte angepannt werden müssen, um in der Arbeitslosenfrage eine Erleichterung zu bringen. Neben einer Bekämpfung der Lehrlingszahl dürfte das in einer merklichen Arbeitszeiterverkürzung zu erreichen sein. In seinem Schlußwort sagte der Verbandsvorsitzende noch einmal die Tätigkeit des Verbandstages zusammen. Er betonte die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren und hob besonders die volle Einmütigkeit hervor, mit welcher die weittragenden Beschlüsse gefaßt wurden. Sämtliche Verbandsangelegenheiten wurden durch den Verbandstag einstimmig wiedergewählt. Diese Tatsache ist ein Beweis für das Vertrauen, das die Kollegenhaft in die Verbandsorganen gesetzt hat und läßt eine weitere gute Entwicklung dieser zwar kleinen aber stabilen Organisation erhoffen. Wenn auch kein großes Organisationsgebiet mehr vorhanden ist (97 Proz. der Berufsangehörigen sind organisiert), so dürfte doch die Festigkeit des Verbandes auch in der Zukunft außer Frage stehen.

Konferenz freigewerkschaftlicher Gewerkschaftsmitglieder in Berlin. Auf Einladung des Bezirkssekretariats des ADGB fand am 3. August in Berlin eine Konferenz der freigewerkschaftlichen Gewerkschaftsmitglieder der Handwerkerkammern Berlin, Frankfurt (Oder) und Schneidemühl statt. Die Neuwahlen zu den Gewerkschaftsmitgliedern brachten den freien Gewerkschaften einen beachtlichen Erfolg. Von insgesamt 44 Gewerkschaftsmit-

gliedern sind 36 Freigewerkschaftler. In allen drei Ausschüssen haben freigewerkschaftliche Kollegen eine Mehrheit. Kollege Schlömer vom Bundesvorstand des ADGB referierte über die Aufgaben und Arbeitsgebiete der Gewerkschaftsausgangsmittglieder. Er behandelte die gefestigten Grundlagen und gab aus seinen Erfahrungen wertvolle Hinweise, wie in den Gewerkschaftsausgangsmittgliedern mitgewirkt werden kann. Für die Gewerkschaftsausgangsmittglieder besonders beachtlich waren die Hinweise über die Wirtschaftslage im Handwerk und über die Organisationen der Handwerksmeister. Eine kurze Aussprache klärte einige Fragen. Im übrigen fanden bereits vor einiger Zeit für die genannten drei Handwerkskammern getrennt besonders eingehende Besprechungen mit den Gewerkschaftsausgangsmittgliedern statt. Vereinbart wurde, daß für alle Angelegenheiten der Handwerkskammern, Rückfragen, Beschwerden usw., folgende Stellen zuständig sind: Für die Handwerkerkammer Berlin das Bezirkssekretariat des ADGB, Berlin SO 16, Engelauer 24/25 (für Stadt Berlin der Ortsauschluß des ADGB, Berlin SO 16, Engelauer 24/25), für die Handwerkerkammer Frankfurt (Oder) das Bezirksarbeitersekretariat, Frankfurt (Oder), Oberstraße 61, für die Handwerkerkammer Schneidemühl der Ortsauschluß des ADGB, Kollege Berlin, Schneidmühl, Friedriehsgarten. Weiterhin wurde berichtet über die Vertretung der Gewerkschaften in den einzelnen Innungsgewerkschaftsausgangsmittgliedern. Die Ortsausgangsmittglieder und einzelnen Verbände werden diesen Maßnahmen in Zukunft mehr Beachtung schenken. Insgesamt bestehen in den drei Handwerkskammern rund 1500 Innungen. Am 31. März d. J. wurden von ihnen rund 60 000 Lehrlinge beschäftigt. Konferenzen für die Gewerkschaftsausgangsmittglieder in den einzelnen Orten werden demnächst durch die Ortsausgangsmittglieder des ADGB einberufen.

Bürowirtschaftliche Vortragskurse. Auf der Internationalen Bürowirtschaftsstellung in Berlin vom 4. bis 13. September wird der Ausschluß für wirtschaftliche Verwaltung beim Reichsstatistikamt für Wirtschaftlichkeit neben der von ihm durchgeführten Ausstellung seiner Arbeitsergebnisse in Verbindung mit dem Institut für Bürowirtschaftslehre (Außeninstitut der Handelshochschule Berlin), Verband Deutscher Diplom-Kaufleute e. V., Verband preussischer Diplom-Handelslehrer e. V., Verein deutscher Betriebskaufleute e. V. am 7. und 8. September bürowirtschaftliche Vortragskurse veranstalten. Die Kurse, für deren Leitung anerkannte Praktiker und Wissenschaftler gewonnen worden sind, behandeln sowohl die sachlichen als auch die persönlichen Fragen der zeitgemäßen Bürowirtschaft. Es sind Vorträge vorgesehen über die sachlichen Voraussetzungen, über die Organisationsprobleme sowie über die Entwicklung des Rechnungswesens im Rahmen neuzeitlicher wirtschaftlicher Bürowirtschaften. Weiterhin werden unter dem Leitwort „Mensch und Bürobetrieb“ die Fragen der Praxis der Personalverwaltung, der Eignungsprüfung bei Büroangehörigen, der menschlichen Leistungsfähigkeit an Büromaschinen, des Einflusses der Mechanisierung des Büros auf die menschliche Arbeitsleistung sowie der bürowirtschaftlichen Schulung in der Berufsbildung der kaufmännischen Jugend behandelt. Auskünfte über die Kurse, die die Leiter und die Mitarbeiter in allen Büros und Verwaltungsstellen angehen, erteilen der Ausschluß für wirtschaftliche Verwaltung in Berlin NW 6, Lützenstraße 58/59, sowie die oben genannten Verbände.

Neuer Attentatsversuch der KPD gegen die Gewerkschaftseinheit. In Konsequenz des sachlich-punktspezifischen Kurzes des gegenwärtigen „Führers“ Neumann hat eine Sitzung des Zentralkomitees der KPD den Beschluß gefaßt, ihr beim Volkseigentümlich eingegangenes Bündnis mit den Gelben und den Nazis auch auf den gemeinsamen Kampf gegen die freien Gewerkschaften auszuweiten und die Agitation für Massenaustritte und Beitragsperre zu betreiben. Damit lassen die offenkundig im Dienste des Schatzkammermenschen handelnden Kommunisten nach der Niederlage vom 9. August die letzte Verfüllung ihrer Arbeiterpolitik fallen. Dieser neuste, von schmätzerlicher Wut und fanatischem Haß gegen die Gewerkschaften diktierte Dolchstoß der KPD gegen die organisierte Arbeiterschaft wird — wie alle früheren — wirkungslos bleiben. Die Gewerkschaftsfront muß ungeschwächt erhalten werden. Es ist eine Lebensfrage der deutschen Arbeiterbewegung, daß die Arbeiterschaft das Gefühl unbedingter Zusammengehörigkeit und damit auch der gegenseitigen Verantwortlichkeit hat. Sie kann sich nur durchhalten, wenn sich die Arbeiter als schicksalsgebundene Kampfgemeinschaft innerhalb der Gewerkschaften fühlen, die allen Schlägen zu trotzen imstande ist. Diese Erkenntnis kam nunmehr auch in der Berliner Tageszeitung der oppositionellen Kommunisten zum Ausdruck, die zu dem neusten kommunistischen Schurkenstreich folgendes bemerkte: „Was hier die KPD-Führung ihren Mitgliedern anweist, ist ein Verbrechen an der ganzen Arbeiterklasse. Überhaupt, aber ganz besonders in der gegenwärtigen Situation — in der das Großkapital und der Faschismus die letzten Kräfte ansetzt, um die Tarife und damit die Gewerkschaften zu zerlegen — zur Beitragsperre“ und „Zerschlagung der Gewerkschaften“ aufzufordern, das heißt die Werkzeuge der schändlichen Klassenfeinde und Schatzkammer besorgen, heißt dem Proletariat den Dolchstoß versetzen.“

Zum Sturz der englischen Arbeiterregierung. Die suchtbare Weltwirtschaftskrise hat auch die Arbeiterregierung in England zu Fall gebracht. Dieses Land hat seit 1919 eine immer steigende Arbeitslosenziffer zu verzeichnen gehabt. In den letzten Monaten sind weitere Entlassungen erfolgt. Die Verhältnisse jenseits des Kanals sind ähnlich wie in Deutschland: hohe Arbeitslosenziffern, leere öffentliche Kassen, Abkammern der Industrie, ein Schwanden der Nahrung usw. Die Bank von England, dieses mächtige Institut der internationalen Finanzen, befindet sich in einer Bedrängnis wie noch niemals zuvor. Ein Kredit der Vereinigten Staaten war an harte Bedingungen geknüpft. Aus diesem Wirrwarr mußten die leidenden Männer keinen anderen Ausweg, als Einschränkungen, die auch die Arbeiterschaft nicht unberührt gelassen hätten. Eine Sanierung dieser Art wurde von der Regierung der Abgeordneten der Arbeiterpartei unter der Führung der Gewerkschaften abgelehnt. Unter diesen Umständen mußte die Arbeiterregierung zurücktreten. Das Kabinett MacDonald hat mehr als zwei Jahre regiert. Es war nicht leicht, eine Arbeiterregierung in den schwierigsten Zeiten, die England je erlebte, durch alle Klippen hindurchzuführen. Die Bedeutung dieser Regierung ging weit über die Landesgrenzen hinaus. Die Minister Englands waren die härtesten Führer in der Arbeitsbewegung. MacDonald und Henderson

